

**Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vom
9. November 1938 am 8. November 2024 um
11 Uhr im Plenarsaal des Rathauses**

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung/ Einleitung:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kuper,
sehr geehrter Herr Dr. Horowitz, lieber Oded,
verehrte Herren Rabbiner, verehrte Mitglieder der
Jüdischen Gemeinde,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des
konsularischen Korps,
der Religionsgemeinschaften, des Brauchtums und
der Bürgerschaft,
sehr geehrte Abgeordnete aus dem Europäischen
Parlament, dem Bundestag und aus dem Landtag,
Mitglieder des Rates der Stadt,
liebe Mitwirkende der Clara-Schumann-Musikschule
und der Robert-Schumann-Hochschule,
lieber Mischa Kuball,
liebe Schauspielerinnen und Schauspieler,
verehrte Gäste, meine sehr geehrten Damen und
Herren,

I.

ich begrüße Sie alle hier im Plenarsaal unseres Rathauses anlässlich unserer Gedenkstunde in Erinnerung an die Novemberpogrome von 1938 und deren Opfer. Es ist 86 Jahre her, dass in Düsseldorf Menschen erniedrigt und ermordet, gejagt und bedrängt, ausgeraubt und vertrieben wurden. Und der Pogrom, dessen wir heute erinnern, war nur der Auftakt zu etwas noch Schlimmeren, zur Sho´a, dem millionenfachen Mord an den Jüdinnen und Juden Europas.

Wir gedenken der Pogromnacht. Und wir kommen zusammen an dem Morgen nach einer Nacht, in der in einer europäischen Großstadt Jagd auf Juden gemacht wurde. Die dramatischen Ereignisse in Amsterdam bestätigen mich darin, wenn ich sage: Wir sind dem Anspruch von „Nie wieder ist jetzt“ nicht gerecht geworden. Ich komme später darauf zurück.

Sie alle wissen, wie wichtig und traditionsreich diese Gedenkveranstaltung ist. Und Sie alle wissen, dass wir darum bemüht sind, diese Veranstaltung in jedem Jahr neu zu gestalten, neue Impulse und Schwerpunkte zu setzen, um das Gedenken und die Erinnerung lebendig zu halten und für die nachfolgenden Generationen zu öffnen. Dies gilt für die nachkommenden Kinder und Kindeskiner der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie für die Nachfahren der damals Verfolgten und Ermordeten. Und so kommen auch heute hier beide Seiten zueinander: Alt und Jung, Juden wie Nichtjuden.

Wir wollen innovativ sein und das Gedenken lebendig und berührend halten. Am morgigen Abend, wenn der Schabbat ausklingt, werden wir die Lichtinstallation „Missing Link“ des Künstlers Mischa Kuball der Öffentlichkeit übergeben. Missing link, ein fehlendes Stück in unserem Stadtbild, eine schmerzliche Lücke, die der Künstler für uns ausleuchtet und sichtbar macht – an der Stelle, an der bis zum 9. November 1938 die Große Synagoge stand.

Und am Sonntag wird der schon lange bestehende Arbeitskreis der evangelischen und katholischen Kirche, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Düsseldorf und unserer Mahn- und Gedenkstätte einen Gedenkgang und einen Gedenkgottesdienst im Zooviertel durchführen. Beides führt uns die Geschichte verschiedener Familien vor Augen, die damals dort lebten und betroffen waren.

Und hier im Rathaus werden wir gleich Aufführungssequenzen aus dem Stück „SchwarzHelle Nacht“ des Theaterensembles „Pierre Vers“ sehen.

Unter der Regie von Christof Seeger-Zurmühlen ist hier etwas entstanden, das mit den Mitteln der Dramaturgie uns Stadtgeschichte vergegenwärtigt, wie es sonst kaum zu gelingen vermag. Noch mehrere Aufführungen in voller Länge sind in der kommenden Woche in unserem neu eröffneten Beatrice-Strauss-Zentrum der Mahn- und Gedenkstätte zu sehen. Es ist sehr beeindruckend.

Ich danke allen Theaterschaffenden, die heute und in der kommenden Woche bei uns aktiv sind!

II.

Warum, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum sind wir hier? Wir kommen hier zusammen, um miteinander an die Düsseldorfer Opfer der Novemberpogrome zu denken und zu erinnern. Dies klingt zunächst abstrakt. Doch die Opfer sind keinesfalls abstrakt oder namenlos. Wir sollten Ihre Namen uns in Erinnerung rufen. Lassen Sie uns Ihre Namen in Erinnerung rufen:

Wir gedenken Eva Cohen, die im Alter von 76 Jahren bedingt durch die Folgen des Überfalls einen Schlaganfall erlitt und starb.

Wir erinnern an Else Goldschmidt, die den Pogrom an der Bismarckstraße erlebte und so verzweifelt war, dass sie sich das Leben nahm.

Wir gedenken ihres Ehemanns Stefan Goldschmidt und des Wilhelm Lewkowitz, die erschlagen und erschossen wurden.

Wir erinnern an Selma Heumann und an Adolf Schaumberg, die beide an den Spätfolgen eines Herzinfarkts starben.

Wir gedenken Eva und Rudolf Hölters, die im Rhein Suizid verübten.

Wir erinnern an den Arzt Dr. Alfred Joseph, an Carl Weyl und an den Restaurantbetreiber Paul Marcus, die alle drei tödlich verletzt wurden, an Simon Pinkus und Paula Rath, die beide keinen Ausweg mehr sahen und sich das Leben nahmen.

Sie waren Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die zu den 131 Toten zählten, die auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen damals den Tod fanden. Ermordet, weil sie Juden waren.

Ihre Glaubensschwwestern und -brüder, ihre Familienangehörigen und jüdischen Freunde wurden später durch den Staat ausgeraubt und vertrieben, erfasst, ghettoisiert, ab 1941 deportiert, in die Zwangsarbeit gezwungen oder direkt ermordet. Der Pogrom, das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, war nur ein Auftakt zu Schlimmerem.

Als am 9. November 1946 nichtjüdische deutsche Verantwortungsträger an der Kasernenstraße eine Gedenktafel gemeinsam mit der kleinen Jüdischen Gemeinde enthüllten, an der wir uns auch heute Morgen noch zum stillen Gedenken eingefunden haben, da glich das, was dort geschah, einem unausgesprochenen Schwur.

Das, was geschehen war, möge nie wieder geschehen. Die 1949 gegründete Bundesrepublik, das noch junge Land Nordrhein-Westfalen und auch die Stadt Düsseldorf schrieben diesen Schwur lautlos und zwischen den Zeilen in unser aller Grundverständnis. Es darf – nie – wieder – geschehen.

Auf dieses Grundverständnis bauten wir unser Gedenken, unsere Erinnerungskultur, unser neues Verhältnis zu den deutschen Juden und anderen Minderheiten. An diese Überzeugung knüpften wir das Vertrauen, das die Völker Europas langsam wieder zu uns aufbauen konnten. Es war Grundkonsens in der Gesellschaft, in den Parlamenten, über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg.

Und so kam es, dass vor einem Jahr – in Folge des schrecklichen terroristischen Überfalls der Hamas auf Israels Süden – die Deutschen sich dieser Losung erinnerten, die sie sorgsam konserviert und aufbewahrt hatten.

Nun war es an der Zeit, dieses „Nie wieder“ mit Leben zu füllen. Aus der alten Losung wurde der neue Slogan „Nie wieder ist jetzt!“.

Und er hatte im Herbst 2023, als uns die grauenhaften Bilder aus den Kibbuzim erreichten, als wir begriffen, dass dies der opferreichste Angriff auf jüdisches Leben seit Ende des Holocaust gewesen war, ja, dieser Slogan hatte damals etwas Entschlossenes, eine gewisse Hemdsärmlichkeit, eine zupackende Überzeugungskraft.

Jetzt war es an der Zeit, die Solidarität mit jüdischem Leben weltweit endlich aus der grauen Theorie herauszuholen und unter Beweis zu stellen. „Nie wieder ist jetzt!“, so hörte man es allerorten. Plakate und Buttons wurden gedruckt, social-media-Profile geändert.

III.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie hier nicht desillusionieren. Aber zur Wahrheit gehört dreizehn Monate nach dem Terror und dreizehn Monate voller weiterer Angriffe und Raketenbeschüssen auf Israel eben auch die schmerzhafteste Frage:

Was ist aus diesem griffigen Slogan eigentlich geworden? Was ist eigentlich mit den „Nie-wieder-ist-jetzt“-Rufenden geschehen? Ich bin offen gestanden der Meinung, dass wir ihm nicht gerecht geworden sind. Bevor er endgültig zu einer hohlen Phrase verkommt, sollten wir ihn aus der politischen Kommunikation streichen.

Der Grund dafür ist ernüchternd: Es ist zu viel geschehen seither – oder auch: viel zu wenig. Die Israel-Solidarität ist abgekühlt.

Die Solidarität mit dem Land, das noch immer um seine Existenz kämpft.

Die Solidarität mit dem Land, das als einziges Land auf der Welt umzingelt ist, von Nachbarn, die es auslöschen wollen.

Die Solidarität mit dem Land, das den Krieg der Bilder, den Kampf gegen Fakenews und Propaganda längst verloren hat.

Die Solidarität mit dem Land, dessen Bürgerinnen und Bürger offenbar nicht einmal ihr Fußballteam zu einem Auswärtsspiel in einer europäischen Großstadt begleiten können, ohne Gefahr zu laufen, Opfer von Angriffen zu werden.

An den Hochschulen und am Arbeitsplatz,
rechtsaußen wie linksaußen, in den Zirkeln der Kunst,
der Kultur und des Theaters, beim Migranten und
Alteingesessenen, vom Stammtisch bis zum
Feuilleton, in linken Hochschulgruppen bis zu den
Rechtsextremen und Reichsbürgern –überall ist der
Judenhass, der israelbezogene Antisemitismus zum
Vorschein gekommen.

Er war offenbar nie weg.

Er kam nicht von oder mit den Geflüchteten, er war
hier zuhause.

In den Zuwanderermilieus mit muslimischem und
arabischem Hintergrund ist er ebenso daheim und
weit verbreitet, wir dürfen dies nicht vertuschen oder
verschweigen. Wir müssen auf die liberalen Muslime
und die Vernünftigen, auf die Aufgeklärten, auf die
Mehrheit der hier lebenden Menschen zugehen und
auf sie setzen und bauen und mit ihnen zusammen
den Kampf gegen den Judenhass aufnehmen. Anders
geht es nicht.

Menschen, die unsere Grundordnung ablehnen und Judenhass auf unseren Straßen äußern, müssen mit Konsequenzen rechnen. Aber scheuen wir uns nicht davor, auch den Antisemitismus der bürgerlichen Mitte anzufechten, überall dort, wo wir auf ihn treffen.

Israel-Dämonisierung und subtiler Judenhass findet überall statt, im Düsseldorfer Klassenzimmer genauso wie im Berliner Bundestagspräsidium, an der Heinrich-Heine-Universität genauso wie auf dem Volksfest, am Arbeitsplatz und im bürgerlichen Salon. Keiner, aber auch niemand, keine gesellschaftliche Gruppe kann sich dieses Problems durch Passivität und Gleichgültigkeit entziehen.

Und ich sage hier ganz klar: Wenn eintausend Menschen in unserer 650.000 Einwohner zählenden Stadt bei einem Marsch für die Geiseln und für Israel auf die Straße gehen, dann ist das nicht „viel“ und schon gar nicht „genug“. Ein „genug“ kann es an dieser Stelle kaum geben.

Wenn der demoskopische Erfolg der rechtsextremen AfD völlig zu Recht der Anlass ist, dass im Januar dieses Jahres beeindruckende 100.000 Menschen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf die Straße gehen, dann frage ich mich: Wo bleibt die sichtbare Solidarität mit Israel und jüdischem Leben?

Wenn Studierende ausgerechnet vor dem Erinnerungsort Alter Schlachthof auf dem Campus der Hochschule ein israelfeindliches Protestcamp aufbauen, dann ist das nicht Zufall, sondern eine widerwärtige Geschmacklosigkeit und ein Angriff auf unserer Erinnerungskultur. Ich hätte mir gewünscht, dass auch die Hochschule dies öffentlich eingeordnet und verurteilt hätte.

Wenn an der Heine-Universität Hamas-Dreiecke und Graffitis erscheinen, die Juden den Tod wünschen, dann muss so etwas aufgearbeitet werden, dann müssen Aussprachen erfolgen, Diskussionsrunden, Aufklärung, Auseinandersetzung und vielleicht sogar Exmatrikulationen.

Sonst können jüdische Studierende und Lehrende sich dort nicht mehr sicher fühlen. Sonst können jüdische Menschen überhaupt in unserer Stadt sich nicht mehr sicher oder geborgen fühlen. Das ist für mich ein unerträglicher Zustand, der mich tagtäglich umtreibt und antreibt.

Es ist die Trägheit, die Passivität, das dröhnende Schweigen, das Relativieren, es ist das antisemitische Geraune, das trübe Weiter-wie-bisher, das wir nicht mehr hinnehmen können.

Und bevor wir hier damit beginnen, uns aufzuspalten: Nein, wir können beides. Wir können - wir müssen - gleichzeitig das Wiedererstarken des Rechtstremismus verurteilen UND den wachsenden Antisemitismus. Wir müssen die Demokratiefeinde von rechts und links genauso ablehnen, wie den politischen Islamismus. Die demokratische Mitte muss sich derzeit in mehrere Richtungen hin verteidigen.

IV.

Jüdisches Leben ist nach dem Pogrom und nach dem Holocaust in dieser Stadt zu einer Blüte gekommen, wie wir es uns lange Zeit nicht haben vorstellen können. Der zaghafte Neubeginn war von nachvollziehbarem Misstrauen gekennzeichnet, von einer langsamen Wiederannäherung zwischen Juden und Nichtjuden.

Der Bau der Synagoge an der Zietenstraße 1958 oder die Integration der Neuzuwanderer in den Neunzigerjahren waren Wegmarken, die uns ganz langsam ins Hier und Jetzt geführt hatten. Wo früher steif, kühl und bürokratisch von „jüdischen Mitbürgern“ die Rede war, sprechen wir heute von Freunden. Wo früher Argwohn war, ist heute Vertrauen. Meine Damen und Herren, verspielen wir dieses Vertrauen nicht! Es ist kostbar.

Den Mitgliedern unserer Jüdischen Gemeinde spreche ich es klar und deutlich aus: Ihr seid und bleibt an unserer Seite und wir an der Eurigen. Wir werden diese gewachsene Freundschaft nicht aus Feigheit aufgeben.

Wir werden Euch mit dem Kampf gegen den Antisemitismus nicht alleine lassen. Dieser Kampf ist nicht Eure Aufgabe, er ist unsere Aufgabe!

Im Rathaus und in unserer Mahn- und Gedenkstätte arbeiten wir mit Hochdruck an neuen Konzepten und Allianzen, an Prävention und Gegenrede. Und wir werden auch die Sanktionen des Rechtsstaats nutzen, wenn es nötig und angebracht ist. Unser Wille ist stark. Unser Ton wird rauer, aber er wird auch klarer, alle müssen mit anpacken. „Antisemitismus hat in unserer Stadt keinen Platz“, so höre ich es oft.

Doch! Leider hat er seinen Platz. Das Verleugnen von Tatsachen und das So-tun-als-ob sind jetzt fehl am Platz und nicht mehr zeitgemäß.

Wenn wir nicht endlich aufwachen und uns aktiv einbringen, dann wird jüdisches Leben hier nicht mehr möglich sein.

Heute gedenken wir der Vergangenheit.

Aber unser Gedenken muss in die Gegenwart wirken, sonst ist es sinn- und bedeutungslos.

Dafür muss unser Gedenken ehrlich und entschlossen sein, sonst wird es zur hohlen Phrase.

Dem Anspruch „Nie-wieder-ist-jetzt“ werden wir gerade nicht gerecht.

Es ist Zeit für neues Handeln!

Helfen Sie mit.

Ich danke Ihnen.